



Berlin-Express

Nr. 3

Inhaltsverzeichnis:

<u>Inhaltsverzeichnis:</u>	Seite
Pkw-Dieselfußfilter	2
Neue Netzentgelte	2
Hafen Nürnberg	3
Termine	3
Fußball und Politik	4
Parlamentsdeutsch	4

Impressum:

V.i.S.d.P.
 Martin Burkert, MdB
 Redaktion:
 Birgit Metzler, Matthias Bach
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 www.martin-burkert.de

Bilder: Bundestag (1), microsoft
 (1), www.pixelquelle.de (1),
 Anja Schulze-Darup (3)

Liebe Genossinnen und
 Genossen,
 Liebe Leserinnen und
 Leser,

Eine turbulente Zeit liegt
 hinter uns:
 Mit der **Föderalismusre-
 form** wurde die größte
 Verfassungsänderung
 seit 1949 verabschiedet.
 Für die **Pendlerpauschale**,
 die mit Verabschie-
 dung des Steuerände-
 rungsgesetzes gekürzt
 wurde, hat die bayerische
 SPD-Landesgruppe ge-
 kämpft bis zuletzt, ist a-
 ber am Widerstand der
 CSU gescheitert. Ich ha-
 be dem Gesamtpaket
Steueränderungsgesetz
 dennoch unter Bauch-
 schmerzen zugestimmt,
 weil es insgesamt zur
 Haushaltskonsolidierung

beiträgt und Spitzenver-
 diener hier nun zumindest
 einen moderaten Beitrag
 leisten müssen.

Das **Energiesteuer-
 gesetz** haben wir
 nach zähen Verhand-
 lungen ebenfalls ver-
 abschiedet. Hier bleibt
 als positives Fazit fest-
 zuhalten, dass der Zu-
 kunftsmarkt der Bio-
 kraftstoffe durch die
 Fortschreibung der
 Steuerbegünstigung
 bis 2011 bzw. 2015 eine
 tragfähige Perspektive
 bekommen hat.
 Die Themen, die ich Ih-
 nen diesmal vorstellen
 möchte, sind u .a. die
 Regierungsinitiative zur
 Förderung von **Pkw-
 Dieselfußfiltern**, der Be-
 such von Bundesver-
 kehrsminister **Tiefensee**

beim **Hafen Nürnberg**
 und natürlich **Fußball**
 und Politik in Berlin.



Viel Spaß beim Lesen
 und schöne Ferien
 wünscht Ihnen

Ihr

Martin Burkert

Gegen den Feinstaub

Regierung will Filter von Diesel-Pkw fördern

An den Folgen von Feinstaub aus Dieselpartikeln sterben in Deutschland jährlich 65.000 Menschen. EU-weit sind es 310.000 Tote. In **Nürnberg** wurde der EU-Grenzwert z.B. an der Messstation am Bahnhof in diesem Jahr bereits an 25 Tagen überschritten.



35 Tage sind maximal erlaubt.

Das Regierungskonzept sieht vor, dass Diesel-Pkw, die in den Jahren 2006 bis 2008 nachgerüstet werden, einmalig eine **Förderung in Höhe von 300 Euro** erhalten. Auf Diesel-Kfz, die ohne Filter neu in den Verkehr gehen, muss dagegen ein **Malus** von je 300 Euro entrichtet werden. So wird die Förderung finanziert. Zusätzlich müssen nicht nachgerüstete Altfahrzeuge einen Zuschlag von jeweils 40 Euro auf die Kfz-Steuer zahlen.

„Dieses Konzept ist steuerlich aufkommensneutral

und ein guter Kompromiss. Es findet sowohl bei Automobilverbänden als auch bei mittelständischen Herstellern breite Zustimmung“, meint der Nürnberger Umwelt- und Verkehrspolitiker, **Martin Burkert**.

Die unionsregierten Länder lehnen nach Aussage des bayerischen Finanzministers Kurt Faltthauer lehnen das Konzept ab.

„Das ist völlig unverständlich“, so **Burkert**. „Wir müssen jetzt handeln. Die gravierenden Folgen der Russpartikel werden immer spürbarer. **Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger muss im Vordergrund stehen.**“

Neue Netzentgelte

Einbußen verhindern

Die Netzagenturen des Bundes und der Länder wollen die Entgelte für die Strom- und Gasdurchleitung durch die kommunalen Netze drastisch senken. Dies hat viele Gemeinden wie etwa **Schwabach** und **Markt Feucht** alarmiert. Sie benötigen die Einnahmen aus den Netzentgelten, um wichtige kommunale Dienstleistungen wie z.B. den ÖPNV zu unterstützen. Käme es zu den befürchteten Einnahmeausfällen von bis zu 50 %, müssten diese Dienstleistungen erheblich verteuert, reduziert oder eingestellt werden. Auch die kommunalen Un-

ternehmen müssten ihre Investitionen einschränken und es käme zu Arbeitsplatzverlusten vor Ort. „Es kann nicht sein, dass durch die drastische Reduzierung der Netzentgelte der Querverbund der kommunalen Dienstleistungen gefährdet wird“, schrieb **Martin Burkert, MdB** den besorgten Kommunalchefs. Die **AG Kommunalpolitik** der SPD-Bundestagsfraktion schickte einen Brandbrief an **Michel Glos**. Sie bat den Wirtschaftsminister, darauf hinzuwirken, dass „die Bundesnetzagentur zu einer umgehenden Korrektur ihrer Positionierung veranlasst wird“. Mit Bezug auf das entsprechende Papier der

Regulierungsbehörde heißt es weiter: „Darin werden Auslegungen ... vorgenommen, die sich partiell entweder aus den gesetzlichen Bestimmungen nicht ableiten lassen oder höchststrichliche Urteile nicht berücksichtigen, zum Teil auch die Gepflogenheiten der betriebswirt-



schaftlichen Kostenkalkulation außer acht lassen.“ Der Bundeswirtschaftsminister hat das Aufsichtsrecht über die Netzagentur. Sein Wort ist jetzt gefragt.

Verkehrsminister in Nürnberg

Hafen wird verkehrspolitisches Modellprojekt

Auf Einladung von **Martin Burkert** besuchte Bundesverkehrsminister **Tiefensee** am 13. Juni Nürnberg. Er zeigte sich tief beeindruckt vom Ausbau des Hafens und versprach größtmögliche Unterstützung durch den Bund, um das hochmoderne Güterverkehrs- und Logistikzentrum (GVZ) so schnell wie möglich fertig zu stellen.

Beim Besuch der Hafen Nürnberg-Roth GmbH stellte Geschäftsführer

Harald Leupold das GVZ Bayernhafen Nürnberg vor. Das trimodale Logistikzentrum (Wasserweg, Schiene, Straße) ist schon jetzt das bedeutendste in Süddeutschland und leistet einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion. Bisher



sind 5.300 Menschen dort beschäftigt und die Ausbildungsquote von 10 % ist vorbildlich.

Martin Burkert brachte den Bundesverkehrsminister sowie den Konzernbevollmächtigten der DB AG, **Klaus-Dieter Josel** an einen Tisch, um den nächsten Schritt voranzubringen: Die Verlegung des Containerbahnhofs aus der Innenstadt auf das Hafensareal. **Wolfgang Tiefensee** rief dieses Vorhaben zum *verkehrspolitischen Modellprojekt* aus. *„Ich schlage vor, dass alle beteiligten Akteure dieses Projekt beschleunigt durchführen und setze mich dafür ein, was die Bundesbehörden betrifft. Das GVZ in Nürnberg soll so zum Vorbild für andere Projekte dieser Art in Deutschland werden.“*

Termine (Auswahl):

05.07.-08.07. Besuchergruppe, Berlin	15.07. 20:00 h Griechisches Sommerfest, Schwabach
10.07. 15:30 h Betriebsrätekonferenz, Schweinfurt	16.07. 10:00 h Moorenbrunner Waldfest
11.07. 10:00 h Einweihung Hafenterminal, Nürnberg	17.07. 10:00 h Boxdorfer Kirchweih
11.07. 13:00 h Bürgersprechstunde, St. Leonhard 	18.07.-19.07. IGM-Branchenkonferenz, Mannheim
13.07. 12:00 h 100 Jahre Nürnberg Hauptbahnhof	26.07. 18:00 h Schafkopfturnier, Nürnberg
13.07. 16:00 h Bürgersprechstunde, Schwabach 	24.07. 11:00 h Kirchweih, Ziegelstein
15.07. 13:00 h Sommerfest der Lebenshilfe	04.08. 18:00h Kirchweih, Worzeldorf

Fußball ist unser Leben...

...dachte sich auch der Deutsche Bundestag. Er errichtete zur WM die Bundestagsarena und lud alle Fans ein, sich über die Arbeit des Parlaments zu informieren. Das Angebot mit Filmen und einer nachgestellten „Plenarsitzung“ fand riesigen Zuspruch.



Die SPD-MdBs hatten 400 Jugendfußballtrainer und -trainerinnen aus ihren Wahlkreisen in das Kuppelzelt eingeladen.

Motto: „Fußball ist ein Kick für Deutschland.“ Außer dem nicht zu unterschätzenden Spaß bringt so eine WM ja noch mehr: zum Beispiel kurbelt sie



Investitionen in moderne Technik und Infrastruktur an. Und für so manchen jungen Freizeitkicker ist das Turnier vielleicht der erste Anstoß für eine erfolgreiche Karriere als Nationalspieler. Begeistert von der Bun-

destagsarena waren auch **Anja** und **Elena**, die beiden Schülerpraktikantinnen von **Martin Burkert** und **Günter Gloser**. Während ihrer Pfingstferien, waren sie nicht nur dort zu Gast, sondern auch im Bundesrat und im Auswärtigen Amt. Tatkräftig halfen sie im Büro und bei der Gestaltung der MdB-Homepages mit. Fazit von **Anja**: „Ich habe einiges gelernt und konnte auch



mal hinter die Kulissen blicken.“

Parlamentsdeutsch

Fraktionen. Mindestens fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Bundesland miteinander im Wettbewerb stehen, können eine Fraktion bilden. Schließen sich Mitglieder des Bundestages abweichend von dieser Regelung zusammen, so werden sie nur dann als Fraktion anerkannt, wenn der Bundestag zugestimmt hat. Die Besetzung des Ältestenrates und der Ausschüsse sowie der Ausschussvorsitze richtet sich nach der Stärke der einzelnen Fraktionen. Im 16. Bundestag gibt es 5 Fraktionen CDU/CSU (226 Sitze), SPD (222), FDP (61), Die Linke(54) Bündnis 90/Die Grünen (51).

Wir wünschen

allen Leserinnen und Lesern



Schöne Ferien